

Annahme-Expedition. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei E. H. Alrici & Co. Dreiteilstraße 14. in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Kreisland, in Meseritz bei Ph. Matthias.

# Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annahme-Expedition. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei S. L. Danne & Co., Haasenklein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Göttingen beim „Invalidendank“.

Nr. 377.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 1. Juni.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßte Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 6 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

## Amtliches.

Berlin, 31. Mai. Der Kaiser hat im Namen des Reiches an Stelle des auf sein Ansuchen entlassenen Konsuls H. Hennings den Kaufmann Wilhelm Hennings zum Konsul in Levula (Fiji-Inseln) ernannt.

Der König hat den Bildhauer, Professor Dr. Johannes Schilling zu Dresden, nach stattgehabter Wahl, zum ständigen Ritter des Ordens pour le mérite für Wissenschaften und Künste ernannt.

Der König hat den Forstmeister Nobiling zu Nachen zum Ober-Forstmeister und Mitdirigenten einer Regierungs-Abtheilung für Domänen und Forsten und den Oberförster Eberts zu Castellum zum Forstmeister mit dem Range der Regierungsräthe ernannt; und den seitberigen unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Fürstenwalde, Rittermeister a. D. Wobring darselbst, der von der dortigen Stadtverordnetenversammlung getroffenen Wiederwahl gemäß, für eine weitere sechsjährige Amtsdauer als unbesoldeten Beigeordneten der genannten Stadt bestätigt.

Der Ober-Forstmeister Wallenberg zu Trier ist auf die durch Pensionierung des Ober-Forstmeisters Blantenburg erledigte Ober-Forstmeisterstelle bei der königlichen Regierung zu Marienwerder versetzt worden. Der Oberförster-Kandidat Wiroth ist zum Oberförster ernannt, und es ist ihm die Oberförstliche Castellum im Regierungsbezirk Koblenz verliehen worden. Dem Thierarzt Dr. Jakob Hermes zu Ober-Ramstedt ist die kommissarische Verwaltung der Kreis-Thierarzt-Stelle des Kreises Cuxen, unter Anweisung seines Amtswohnsitzes in Cuxen, übertragen worden.

## Politische Uebersicht.

Posen, 1. Juni.

Im heutigen „Staatsanzeiger“ ist das Gesetz vom 20. Mai d. J., betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten, publizirt.

Angeichts des Umstandes, daß die oberste Reichsbehörde gegen das freisprechende Urtheil der Disziplinarkammer in Danzig in Sachen der Marine-Ingenieure Hoffeld, Veith und Wiesinger Berufung an den Disziplinarchof in Leipzig angemeldet hat, wird eine Erörterung der in jeder Hinsicht interessanten Angelegenheit im Reichstage vorläufig noch unterbleiben müssen. Anders aber verhält es sich mit der durch die Verhandlung der Disziplinarkammer in Danzig klargestellten Thatsache, daß der stellvertretende Ober-Werft-Direktor dem Ober-Ingenieur Debe gestattet hat, auf der Werft selbst für die Wahl des konservativ-kerikalen Kompromißkandidaten Landrath v. Puttkamer zu agitiren. Mit der Anklage wegen angeblich ungesetzlicher Agitation für die Wahl des Herrn Ridert gegen die drei genannten Ingenieure steht die Frage, ob die Wahl-Agitation des Herrn Debe als gesetzlich zu betrachten sei oder nicht, in keinem Zusammenhang. Einer Interpellation über das Verhalten der Reichsbehörden zu der Debeschen Agitation steht also der Umstand, daß das Disziplinerverfahren gegen die Ingenieure Hoffeld, Veith und Wiesinger noch nicht zum Abschluß gelangt ist, durchaus nicht entgegen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ giebt einer römischen Korrespondenz Raum, in welcher es heißt: „Wenn überhaupt noch ein Zweifel über die aufrichtigen Sympathien, die man in Italien für Deutschland hegt, über den allgemeinen Wunsch eines innigen und vollständigen Anschlusses Italiens an diese Macht bestehen würde, so müßten die Kundgebungen der öffentlichen Meinung in Italien bei Gelegenheit der Eröffnung der St. Gotthardbahn, die schönen Hoffnungen, welche man hier an die wohlthätigen Folgen für das deutsch-italienische Verhältniß knüpft, jeden Zweifel beseitigen.“ Gegenüber dem fortgesetzten Bestreben gewisser Kreise, Zwietracht zwischen den beiden Mächten zu säen, freuen wir uns, von solchen Sätzen in unserer Regierungspresse Notiz nehmen zu können.

Der Hirtenbrief des neuen Fürstbischöfs von Breslau liegt jetzt in seinem Wortlaut vor; diejenigen Stellen desselben, welche das Verhältniß zur Staatsgewalt anbetreffen — über den übrigen Theil des Briefes uns zu äußern, haben wir keine Veranlassung — berühren uns sehr angenehm durch den unumwundenen Ausdruck eines gesunden Sinnes. Wir heben nachfolgende Sätze heraus:

So hoffe ich auch, den Erwartungen zu entsprechen, die das väterliche, hochverehrliche Herz meines h. Vaters von mir hegt, daß ich mit allem Eifer, aller Sorgfalt und Hingebung daran arbeite, werde, die schweren und tiefen Wunden zu heilen, die der Kirche und unserer Diöcese in den verflochtenen traurigen Jahren geschlagen worden sind. So hoffe ich auch die huldvollen Absichten zu verwirklichen, von denen der hochberühmte Sinn unseres allergnädigsten Landesherren für die katholische Kirche in Preußen erfüllt ist.

Und so hoffe ich endlich nach Kräften mitzuwirken an dem großen Werke des Friedens, den alle Herzen ersehnen, dessen unser theures Vaterland um so dringender bedarf, je mehr die Thatsache zur Geltung kommt, daß aus dem unseligen Zwiespalt einzig nur die Kräfte der Auflösung und Zerstörung Gewinn und Förderung ziehen.

Zu den ernstlichen Christenpflichten, deren gewissenhafte Erfüllung ich endlich von Eurer bisher bewiesenen und in den schwersten Tagen unerschütterter geliebten Loyalität erhoffe, zählt auch die Ehrfurcht und Treue und der unwandelbare Gehorsam, den wir Seiner Majestät, unserm allergnädigsten Kaiser und Könige und Herrn zu zollen haben. Sie sind uns eine heilige Gewissenspflicht, denn wir fühlen uns daran gebunden durch die Worte der göttlichen Offenbarung, die durch den Mund der beiden großen Apostel der Herr also spricht: „Seid

unterthan jeder menschlichen Kreatur um Gottes willen, sei es dem Könige als dem Höchsten oder den Statthaltern als solchen, die von ihm abgeordnet sind“ und: „Jedermann unterwerfe sich der weltlichen Gewalt, denn es giebt keine Gewalt, außer von Gott und die, welche besteht, ist von Gott geordnet.“ Wer sich demnach der obrigkeitlichen Gewalt widersetzt, der widersetzt sich der Anordnung Gottes und, die sich dieser widersetzen, ziehen sich selbst Verdammnis zu. Und Ihr werdet diese Pflichten um so bereitwilliger erfüllen, als Ihr Euch überzeugt halten dürft, daß kein landesväterliches Herz nicht minder warm schlägt für die Befenner unserer h. Kirche, wie für seine übrigen Unterthanen, und daß die Neubekennung der Bischofsstühle unseres Vaterlandes, die vor noch nicht langer Zeit zu den Unmöglichkeiten zu zählen schien, als Ausfluß und erneute Bürgschaft seiner hochberzigen, landesväterlichen Fürsorge für unsere h. Kirche betrachtet werden darf und unsern innigsten, ehrfurchtsvollen Dank beansprucht.

Wenn katholische Bischöfe niemals eine andere Sprache geführt hätten als diese, sagt die „Tribüne“, so wäre es freilich unbegreiflich, wie es zu Konflikten zwischen Staat und Kirche hätte kommen können.

In der bekannten Prozeßsache des Reichstagsabgeordneten Rutschbach hat in 2. Instanz das Landgericht zu Freiberg i. S. für Recht erkannt, daß das merkwürdige Urtheil des Schöffengerichts zu Böblitz aufzuheben, der von Herrn Rutschbach Verklagte, Kaufmann Viktor Dilsfeld zu Olbernhau, wegen öffentlicher Beleidigung in 50 Mark Strafe und sämtliche Kosten zu verurtheilen und Herrn Rutschbach das Recht zuzusprechen sei, dieses Urtheil nach beschrittener Rechtskraft auf Kosten des Beklagten zu veröffentlichen. In dem Urtheilspruch ist ausdrücklich hervorgehoben, daß weder dem Sinne nach, noch in dem Zusammenhang, in welchem Herr Rutschbach die betreffende Aeußerung that, eine Majestätsbeleidigung des Königs von Sachsen zu finden sei.

Die Unfallversicherungsgesellschaften in Berlin haben bekanntlich an den Reichstag eine Petition gerichtet, in welcher für den Fall der Annahme des von der Reichsregierung vorgelegten Unfallgesetzes ihnen eine näher festzusetzende Entschädigung gewährt werde. Diese Frage der Entschädigung hat bereits den Reichstag bei der Verathung des ersten Unfallgesetzes in eingehender Weise beschäftigt. Bei der zweiten Lesung hatte der Abg. Dr. Günther (Nürn.) den Antrag gestellt, in das Gesetz eine Bestimmung aufzunehmen, wonach diese Privatgesellschaften entschädigt werden sollten. Der Abg. Windthorst sprach sich auch in diesem Sinne aus und empfahl der Regierung namentlich, daß bei den zu errichtenden Staatsanstalten Rücksicht auf die Beamten der Privatgesellschaften genommen werde. Staatssekretär von Bötticher gab zu, daß diese Frage wohl eine eingehende Betrachtung werth sei, und er würde sich einer Resolution gegenüber nicht ablehnend verhalten, welche etwa den Zweck verfolgte, die verbündeten Regierungen aufzufordern, diese Frage ihrer Berührung zu unterziehen und in Aussicht zu nehmen, einem künftigen Reichstage Vorschläge zu machen, ob und in welcher Weise die beeinträchtigten Gewerbetreibenden zu entschädigen seien. Auf diese Erklärung zog Abg. Günther seinen Antrag zurück und es wurde bei der dritten Lesung auf Antrag Windthorst's eine Resolution angenommen, welche den Reichstanzler ersucht, dem Reichstage Vorschläge zu machen, in welcher Weise die durch den gesetzlichen Ausschluß der privaten Unfallversicherungsgesellschaften beeinträchtigten Gewerbetreibenden zu entschädigen seien. Der Bundesrath hat sich mit dieser Resolution noch nicht beschäftigt, mit Rücksicht darauf, daß dieselbe in der Voraussetzung beschloffen worden ist, daß das Unfallgesetz in der vom Reichstage acceptirten Fassung vom Bundesrath angenommen werden würde, während letzterer das Gesetz bekanntlich abgelehnt hat. Im Schooße der Kommission, welche dieses Mal das neue Unfallgesetz zu berathen hat, wird nach Berliner Zeitungen ein Antrag auf Gewährung von Entschädigungen an die Privat-Gesellschaften gestellt werden.

Die Summe der staatsmännischen Thätigkeit des ohne Zweifel für immer vom großen politischen Schauplatz verschwundenen Grafen Beust läßt sich in Kürze folgendermaßen ziehen: In seiner Eigenschaft als österreichischer Staatsmann, was er seit 1866 gewesen, unterliegt er natürlich zunächst dem Urtheil der öffentlichen Meinung in Oesterreich. Wie hoch seine Verdienste als „liberaler“ österreichischer Minister, als Wiederhersteller oder Begründer eines „parlamentarischen Regiments“ im diesseitigen Oesterreich (was er in der That durch die wesentlich unter seinem Einfluß vollzogene Einsetzung des sogenannten „Bürgerministeriums“ war), wie hoch seine Verdienste um den „Ausgleich mit Ungarn“ und die Herstellung jenes „Dualismus“ anzuschlagen sind, der freilich in seinen Folgen für das Deutschtum in Oesterreich sich einigermassen zweischneidig erweist — darüber mögen wir in deutschen Reiche billigerweise das entscheidende Wort der österreichischen Presse abtrotzen. Wir gönnen ihm das Lob derselben, daß er eine liberale Entwicklungsperiode in Oesterreich eingeleitet und fügen unsererseits nur hinzu, daß die großen, zum Nachtheil des Gesamtreiches und speziell der Deutschen in Oesterreich zu Tage getretenen Mängel und Fehler des Ausgleichs mit Ungarn sich zum großen Theile aus der stiefväterlichen Eile erklären, mit welcher derselbe perfekt gemacht

wurde. Diese Eile erklärte sich aus der Begier des Grafen Beust nach Revanche an Preußen; die Herstellung des Friedens mit Ungarn sollte Oesterreich wieder alltanzfähig machen. Das Lob der französischen Presse vollends wollen wir dem Grafen nicht neiden. Anders jedoch muß unser Urtheil lauten über des Grafen Beust Wirksamkeit in seiner Stellung als Minister Sachsens und als Vertreter eines deutschen Bundesstaates in seinen Beziehungen zu den allgemeinen deutschen Interessen während der Zeit vom Frühjahr 1849 bis zu dem verhängnißvollen Jahre 1866. Daß Graf Beust ein grundsätzlicher Gegner der preussischen Führerschaft in Deutschland war und darum eben so wohl die Reichsverfassung vom 28. März, wie die Dreikönigsverfassung vom 30. Mai 1849 perhorreszirte, darüber wird man zwar mit ihm rechten, aber daraus allein ihm noch keinen Vorwurf machen können, wofern es bei ihm nur wirklich Sache der Ueberzeugung gewesen sein mag. Das aber darf und muß ihm zum schweren Vorwurf gemacht werden, daß er in seinem Gasse gegen Preußen und in seiner blinden Hineigung zu Oesterreich sich zur Ergreifung mit Mitteln verleitete ließ, die selbst in den Augen der in dieser Beziehung nicht immer wählerischen Diplomatie auf ihn und auf die Regierung, die er vertrat, tiefe Schatten werfen, daß er Wege einschlug, welche die Lebensinteressen des Staates, dessen Wohl ihm anvertraut war, aufs Härteste theils zu schädigen drohten, theils wirklich schädigten, daß ganz wesentlich und in erster Linie er mit Schuld war an jener Verwirrung der nationalen Angelegenheiten Deutschlands, die zuletzt unvermeidlich zu einer gewaltsamen Krisis führte. Seine häßliche Geschichte mit dem „Vorbehalt“, durch den er das Dreikönigsbündniß in demselben Momente, wo er es abschloß, auch schon hinterrücks, so viel an ihm war, wieder zerstörte — mit wie scheinbaren Vorwänden sie auch seiner Zeit von Herrn v. Beust in den Kammern und in der Presse beschönigt worden ist — sie liegt in voller Nacktheit vor in den Berichten englischer Diplomaten, denen er selbst in allerdings merkwürdiger Naivetät seine wahren Absichten bei jenem „Vorbehalt“ schon sehr bald darauf eingestand. Seine Stellung in der Politik von 1852 hat ihre schlagendste Verurtheilung gefunden in den „Erinnerungen“ desjenigen seiner damaligen Ministerkollegen (des Herrn v. Friesen), dem das sicherste und kompetenteste Urtheil darüber zustand. Sein Gebahren endlich im Jahre 1866, wo er direkt zum Kriege trieb, war sowohl vom sächsischen als vom deutschen Standpunkte aus schwerlich zu rechtfertigen. Sein Verhalten als österreichischer Minister des Auswärtigen gegenüber dem trotz aller seiner Anstrengungen zu Stande gekommenen „Norddeutschen Bunde“ unter Preußens Führerschaft, ja gegenüber dem in der Abwehr eines feindlichen Angriffs geeinten Gesamtdeutschland in den Anfängen des Krieges von 1870 wollen wir hier unberührt lassen, da ja glücklicher Weise die unerwartet raschen und entscheidenden Siege unserer Heere so manche damals wohl im Stillen gesponnenen Pläne in der Geburt erstickt haben. Schwer hat Graf Beust sich aber auch vergangen an seinem engeren Vaterlande Sachsen durch die innere Politik, die er daselbst mit dem Staatsreich vom 3. Juni 1850 inauguirte und sodann durch über ein Jahrzehnt fortsetzte. Auch hier ist es weniger das Prinzip selbst, das Herr von Beust vertrat, das Prinzip des Polizeistaates in seiner starren Konsequenz, es sind vielmehr auch hier vor Allem die von ihm zu dessen Durchsetzung angewandten Mittel, um derentwillen er anzulagen ist. Die Preussische Politik hat, wie die „Magdeb. Ztg.“ treffend hervorhebt, der politischen Bildung im sächsischen Volke Wunden geschlagen, die noch jetzt nicht geheilt sind und deren Spuren nur erst nach längerer Zeit vielleicht sich verlieren werden. Je geschmeidigere Formen er, wo es angethan schien, neben der Härte nach anderen Seiten hin anzuwenden verstand, je mehr er darauf ausging, den ohnehin nicht sehr kräftigen politischen Geist der Sachsen weniger zu brechen als zu biegen und immer biegsamer zu machen, um so schädlicher hat diese seine Politik gewirkt.

Ueber die Lage der jüdischen Flüchtlinge in Brody bringt die „Presse“ folgende telegraphische Nachrichten: Brody, 28. Mai. Heute, 9 Uhr Morgens, sind die Delegirten der Wiener „Alliance Israélite“, Dr. Stern und Singer hier angelangt und von den Funktionären der hiesigen Alliance Filiale auf dem Bahnhofe empfangen worden. In der Bahnstraße hat sich schon seit frühem Morgen eine nach vielen Tausenden zählende Menge der unglücklichen Flüchtlinge angelammelt und begrüßt die Wiener Delegirten mit lauten Hurrahrufen. Die Delegirten verfügten sich zuerst zum Bezirkshauptmann Grafen Ruffocki, welcher sich ganz offen dahin aussprach, daß bei dem Umstande, als Brody den ausschließlichen Sammelpunkt der Emigration bildet, hier die Hilfsaktion zentralisirt sein und auch nur hier das Zentral-Komitee gebildet werden und funktionieren müsse. Die Delegirten bestätigten eben die Massenquartiere, um sich von der Noth und dem Elende der Unglücklichen, die mittlerweile auf circa 15,000 herangewachsen, aus eigener Anschauung zu überzeugen und dann nach gesessenen Berathungen Beschlüsse zu fassen. Inzwischen sind sieben Komitee-Mitglieder aus Lemberg eingetroffen, die ganz selbständig eine Gesamtsammlung vornehmen und für drei Expeditionen Emigranten ein-

schreiben, ohne Rücksicht zu nehmen, ob letztere von früher der Erlösung harrten oder erst jetzt angekommen sind. Graf Ruffocki besuchte in den letzten Tagen zu wiederholten Malen sämtliche Kasernenquartiere, um sich von dem Gesundheitszustande der Unglücklichen zu überzeugen und Feuersgefahren abzuwenden. Brod, 29. Mai. Die Wiener Delegationen überzeugten sich gestern, daß in den Kasernenquartieren um 7 Uhr Abends noch kein Brod vertheilt war und die Kinder beinahe verhungert waren. Sie vertheilten sofort selbst Brod. Die Delegationen bemühen sich gegenwärtig, eine Verschmelzung mit den Mitgliedern des hier bestandenen Komites zu erzielen, welche sich jedoch nach der ihnen zu Theil gewordenen Behandlung schwerlich dazu entschließen werden. Öffentlich werden die Delegationen nicht eher von hier abreisen, bis sie irgend eine Vorkehrung treffen, die geeignet wäre, der drohenden Katastrophe vorzubeugen. Heute wurden 600 Emigranten in zwei Zügen weiterbefördert. Der neue Zuzug ist jedoch mindestens ebenso groß.

Brod, 29. Mai. Die Besorgnisse wegen der Sanitätsverhältnisse steigern sich in bedenklicher Weise. Gestern sind in einem Kasernenquartiere drei Kinder an Malaria, eines an Blattern erkrankt. Die Zahl der Erkrankten beträgt jedoch in Casen schon vierzehn. Die Ankunft des Statthalters wird sehnlichst erwartet. Es heißt, er komme am Dienstag und werde hier einen ständigen Kommissar mit besonderen Vollmachten delegieren.

Am 28. Mai begann in Rheims das große Turnfest. Ungefähr 2000 Turner, die in der Nähe des Bahnhofes unter etwa hundert Zelten lagern, hatten sich zu demselben eingefunden. Der Unterrichtsminister Jules Ferry, der Minister des Innern Goblet, General Pittié, der den Präsidenten Grévy, und Oberst Riu, welcher den Kriegsminister vertrat, trafen um 9 1/2 Uhr in Rheims ein und wurden auf dem Bahnhofe von den Senatoren und Deputirten des Departements sowie andern hochgestellten Persönlichkeiten empfangen. Gleich nach ihrer Ankunft traf General Chanzy von Charleville ein. Nach den üblichen Reden fanden die Vorstellungen statt, worauf sich der ministerielle Zug unter dem: „Es lebe die Republik!“ einer ungeheuren Volksmenge nach dem Stadthaus begab. Auf dem Festplatze und beim Banket wurden patriotische Reden gehalten, u. A. auch von Jules Ferry.

Im Quartier Latin von Paris herrscht seit einigen Tagen die größte Aufregung. Es haben daselbst Tumulte stattgefunden, die am Sonnabend Abend mehrfach den Charakter eines förmlichen Straßenkampfes angenommen haben. Der kleine Krieg, welchen die Studenten seit längerer Zeit gegen gewisse Elemente unter den Besuchern der öffentlichen Bälle am linken Seineufer führen, hat der Polizei wiederholt Anlaß zum Einschreiten gegeben. Dieselbe ist aber diesmal mit solcher Heftigkeit vorgegangen, daß zahlreiche Verwundungen, darunter auch lebensgefährliche erfolgten; überdies richteten sich die Angriffe auch gegen Personen, die an den Tumulten selbst in keiner Weise theilhaftig waren. Die öffentliche Meinung richtet sich denn auch eifrig gegen die Agenten des Polizeipräsidenten. Letzterer hat sich deshalb genöthigt gesehen, gegenüber einer Deputation der Studenten zuzugehen, daß jene weit über seine Anordnungen hinausgegangen wären. In Folge dessen sind auch an Stelle der gardiens de la paix provisorisch Municipalgardien mit der Wahrnehmung des Sicherheitsdienstes im Quartier Latin betraut worden, welcher Anstand aber allem Anscheine nach nicht verhindern wird, daß die Angelegenheit selbst in der Deputirtenkammer zur Sprache gebracht werden wird.

In einem Privat-Telegramm theilt der londoner Korrespondent der „Post, Ztg.“ nach zuverlässiger Petersburger Quelle mit, daß die Krönung des russischen Zaren bis Mai 1883 verschoben worden sei. Der Korrespondent fügt seiner Mitteilung noch hinzu, daß drei Kommissionen unter Boris Melikow's Oberleitung Verwaltungsreformen ausarbeiten sollen, welche am Krönungstage promulgirt werden würden. Der freundliche Empfang, mit welchem der Kaiser Boris-Melikow auszeichnete, läßt allerdings darauf schließen, daß Ersterer gegenwärtig den Reformideen des ehemaligen Ministers günstiger gestimmt ist, und so ist es nicht unwahrscheinlich, daß Boris-Melikow einen Auftrag in dem eben angedeuteten Sinne erhalten hat. Wenn mit den Reformen aber noch bis zum Mai nächsten Jahres gewartet werden soll, so wird das Zögern wieder berechtigtes Mißtrauen hervorrufen. Das russische Volk ist mit Versprechungen schon so lange hingehalten worden, daß eine neue, zumal ihre Erfüllung erst nach einem Jahre verheißene wird, nicht mehr vielen Glauben finden wird.

Ueber Arabi Pascha bringen ägyptische Blätter nachfolgende Notizen: Arabi ist im Jahre 1839 als Sohn eines arabischen Gelehrten in Kairo geboren. Seine Studien machte er an der kairoischen Hochschule, der altherühmten El Azhar („Die Glanzvolle“), welche nahezu 10,000 Studenten zählt. Auf Fürbitte seines Vaters erhielt Arabi vom damaligen Vizekönig Said Pascha die Erlaubniß zum Eintritt in die Militärschule in Kairo, die er nach vier Jahren als Leutnant verließ. Im abyssinischen Feldzuge wurde er zum Major und im Jahre 1880 zum Obersten befördert. Man rühmt seine Wohlthätigkeit, und täglich werden einige arme Familien aus seiner Kasse gespeist. Dabei ist er streng religiös und unterläßt es nicht, täglich in seinem Bureau die vorgeschriebenen Gebete zu verrichten. Seine Vermögensverhältnisse sollen sich in einem präkären Zustande befinden. Zwei seiner Brüder dienen als Hauptleute in der ägyptischen Armee.

**Der deutsche Krieg mit Rußland.**

Man schreibt uns unter obigem Titel:

Während in neuester Zeit zwischen den Herrschern Deutschlands und Rußlands das beste Einvernehmen herrscht, während man, allerdings immer noch vergeblich, auf den Sturz Agatjens hofft, dauern in der russischen Presse die Sekereien gegen Deutschland fort. Aber auch die deutsche politische Literatur ist keineswegs sehr reservirt, und man findet häufig auch in Tagesblättern eine ziemlich feindselige Sprache gegen Rußland. Meist heißt es, es sei „bei unsrer von allen Seiten bedrohten Lage und der steten Verunruhigung, der wir ausgesetzt sind, gut, auf alle Eventualitäten gefaßt zu sein.“ Die Dinge nehmen in der That mitunter einen überraschend schnellen Verlauf; denn, wenn Gott züchtigen will, den schlägt er zuvor mit Blindheit. Ueber kurz oder lang wird der Eisapfel von Osten her unter die friedliebenden Völker des Westens geworfen werden; in Rußland ist

der Krieg gegen Deutschland längst im Stillen beschlossene Thatsache. Wohl uns, daß wir geeinigt sind und daß der deutsche Reichskanzler in weiser Voraussicht bereits längst Alles mobil gemacht, was den voraussichtlich grauenamen Krieg des Moskowitshums für uns kürzer und weniger empfindlich zu machen geeignet ist; denn abgesehen von der Schlagfertigkeit unserer Armee, der Kriegsbereitschaft des deutschen Nationalgefühls und dem Bündniß mit Oesterreich, sind Polen, die Türkei und die katholische Kirche mobil gemacht, drei Mächte, die mit Deutschland Rußland gegenüber ein gleiches Interesse haben. Die Veröhnung Bismarcks mit der katholischen Kirche findet unter diesem Gesichtspunkte eine deutliche Erklärung; ebenso ist die Freundschaft mit dem Sultan, das Absenden preussischer Beamten und Offiziere nach der Türkei schwerlich ein Zufall. Was endlich Polen anbetrifft, so hob eine Broschüre von „Sarmaticus“ (der polnische Kriegsauplag), die man als offizios bescheiden wollte, unlängst hervor, daß, falls die polnische Nationalität überhaupt staatenbildende und erhaltende Kraft in sich trägt, ihr auf diesem Wege die Aussicht auf eine ruhige, stetige Entwicklung unter dem Schutze beider Großmächte geboten wäre. Für Deutschland wäre dadurch eine Grenzmauer gegen Rußland und eine Hinausrückung der lästigen russischen Zolllinie gewonnen. Die preussischen Küstenlande würden durch diese Erschließung ihres Hinterlandes neu erblühen, die Weichsel- und Oderlande dadurch einer neuen Blüthe zugeführt werden, Polen selbst durch Herstellung von Kommunikationen der Kultur zugänglich gemacht werden. Das Gebiet Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und Polens in einen Handels-, Zoll- und Postverein zusammengefaßt, vermöchte nicht nur in sich die verschiedensten Produkte der Landwirthschaft und der Industrie auszutauschen, sondern würde auch auf dem Weltmarkte eine einflußreiche Stelle einnehmen. Die Kosten dieser Umgestaltung hätte Rußland zu tragen, dessen Weltstellung durch ein solches Abdrängen von den mitteleuropäischen Verkehrscentren total verändert würde und das alsdann geradezu auf Asien angewiesen wäre.

Wir drücken die Zuschrift ab, wollen aber nicht verschweigen, daß uns der Schluß derselben, das österröichisch-ungarisch-polnisch-deutsche gemeinsame Zollgebiet, sehr nach Zukunftspannungen zu schmerzen scheint. Was vollends die „Mobilisirung der katholischen Kirche“ anbelangt, so scheint der Herr Verfasser der Zuschrift zu glauben, daß sich dieselbe nur so ohne Weiteres zu einem bestimmten Zwecke „mobilisiren“ lasse, um nachher abzugehen, wie der Mohr, der seine Schuldigkeit gethan. Zu einer solchen Rolle giebt sich der Vatikan nicht her; vielmehr hätte eine solche Allianz ihre natürlichen Konsequenzen, und die beständen darin, daß nach der eventuellen Besiegung Rußlands Preußen noch tiefer in's klerikale Fahrwasser hineingelangen würde, als bereits der Fall ist. Um einen solchen Preis aber wäre die Allianz denn doch unter allen Umständen zu theuer erkauf. Wir versetzen also keineswegs den freudig gehobenen Ton der Zuschrift, welche uns an offiziosse Meinungsmacherei für die Wahlen erinnert.

**Briefe und Zeitungsberichte.**

C. Berlin, 31. Mai. [Die Zwischenkommissionen. Egypten. Die Petition süddeutscher Landwirthe.] Die Erwartung, daß schon morgen bei der Wiederannahme der Beratungen in der Reichstags-Kommission für die Versicherungsgesetze eine Entscheidung darüber herbeigeführt werden würde, ob die weitere Verhandlung über diese Vorlage auch während der Pause zwischen der jetzigen und der Herbstsession stattfinden soll, dürfte sich kaum erfüllen: die Vertreter der einzelnen Parteien in der Kommission sind, da über den Zwischenkommissions-Vorschlag in seiner Beschränkung auf die sozialpolitischen Vorlagen in den Fraktionen noch nicht berathen worden ist, schwerlich in der Lage, darüber mehr, als persönliche Wünsche zum Ausdruck zu bringen. Die Entscheidung dürfte davon abhängen, ob die Regierung sich des Gedankens ernstlich annimmt; denn wenn man innerhalb der Parteien ihm auch geneigt ist, so besteht, abgesehen vom Zentrum, das zu Ehren des Herrn Windthorst dafür lebhaft eintritt, doch aus dem natürlichen Grunde, daß die Chancen eines Ergebnisses der Arbeit sehr unsicher sind, kein großer Eifer für die Abweichung von der gewöhnlichen Form der Beratungen: soll es nur darauf abgesehen sein, durch eingehende Diskussion der Regierungsvorschläge das Terrain für die spätere gesetzgeberische Arbeit aufzuklären, so ist die Behauptung nicht unzutreffend, daß dies nicht die Aufgabe einer, ordentlichen oder außerordentlichen, parlamentarischen Kommission, sondern der Fachliteratur und der Presse sei. Will die Regierung dagegen den in der ersten Lesung laut gewordenen Ausstellungen, namentlich den von liberaler Seite erhobenen, Rechnung tragen, dann mag die Vertagung der Session bis zum Herbst anstatt des Schlusses, so daß die Kommission inzwischen ihre Arbeiten fortsetzen könnte, angemessen sein. Nicht bloß formell, sondern auch sachlich liegt die Entscheidung also bei der Regierung. — Es ist sehr wahrscheinlich, daß bei der jetzt allseitig konstatarnten Zurückhaltung der vier anderen Großmächte gegenüber dem Vorgehen Englands und Frankreichs in Egypten auf Seiten der deutschen Regierung außer den internationalen Beziehungen auch die Rücksicht auf unmittelbare deutsche Interessen nicht ohne Bedeutung ist. Jene internationalen Gesichtspunkte liegen auf der Hand: die Annäherung zwischen Deutschland und der Pforte, welche sich seit der Erkaltung des Verhältnisses zwischen Berlin und Petersburg entwickelt hatte, bedingte fast selbstverständlich eine Unterstützung der türkischen Abweisung des eigenmächtigen Vorgehens der Westmächte; und auch die Beziehungen zu Italien — die derjenige klerikale Korrespondent sehr schlecht beurtheilt haben dürfte, welcher meinte, sie seien so wenig intim, daß deshalb eine Vertretung des Zentrums bei der Gotthardfeier zulässig gewesen — haben dazu beigetragen, daß das Vorgehen der Westmächte von hier aus auch auf die Gefahr einer durch das Fiasco Freycinet's eintretenden Verstärkung der Garbattisten hin ohne Unterstützung gelassen wurde. Aber auch der Gedanke, daß die endgiltige Befestigung des westmächtlchen Protektorates in Egypten die letzte Chance für den deutschen Unternehmungsgeist, dort lange Versäumnisse nachzuholen, ausschließen würde, dürfte nicht ohne Einfluß auf die Haltung der deutschen Politik in der ägyptischen Angelegenheit gewesen sein. In früheren Jahren ist mehrfach, namentlich in einigen Fällen, in denen es sich um wissenschaftliche Anstellungen Deutscher handelte, jener Rücksicht kein erhebliches Gewicht beigemessen worden; wenn es jetzt in

höherem Grade geschieht, so werden damit lange geltend gemachte Wünsche der in Egypten lebenden Deutschen beachtet. — Die „Petition süddeutscher Landwirthe“, welche, auf höhere Fülle als Aequivalent der Gotthard-Durchbohrung gerichtet, in der „Freihandels-Korrespondenz“ erschien, ist eine Satyre, deren Verfasser leicht zu errathen ist. Er kann es als höchsten Erfolg seiner parodistischen Kunst betrachten, daß eine Anzahl Zeitungen den Scherz für Wahrheit genommen haben — jedenfalls ein Beweis, wie schlagend die Satyre war.

— Die Taufe des neugeborenen Prinzen findet am 11. Juni statt. Es wird eine Taufe im großen Stile werden, zu der deutsche und europäische Souveräne als Gäste geladen sind.

**Locales und Provinzielles.**

Bosen, 1. Juni.

V. „Lehmann-Stiftung“. Zu Ehren und bleibendem Andenken des verstorbenen Landes-Oekonomieraths Lehmann auf Ritsche ist bekanntlich im vorigen Jahre unter obigem Namen eine Stiftung begründet worden, deren Zweck ist, bedürftige und befähigte Schüler der Landwirtschaftsschule zu Samter ohne Rücksicht auf ihre Nationalität durch die Verleihung von Stipendien zu unterstützen. — Der Stiftungsfonds (ca. 2500 Mk.) ist durch freiwillige Beiträge gesammelt und dem Vorstande des landwirthschaftlichen Provinzialvereins für Bosen zur Verwaltung übergeben worden. — Die Zinsen dieses Kapitals bilden die Mittel für die Stipendien, und sind zur Verewertung um dieselben alle diejenigen Schüler der Landwirtschaftsschule in den Fachklassen berechtigt, welche sich dem landwirthschaftlichen Berufe widmen wollen. — Wie nun der Vorstand des landwirthschaftlichen Provinzialvereins für Bosen solchen bekannt macht, ist das gedachte Stipendium zum ersten Mal für das laufende Jahr dem Schüler der zweiten Fachklasse der Landwirtschaftsschule zu Samter, Richard Jädel aus Prittag, verliehen worden.

r. Ein Roggenhalm von mehr als 2 M. Länge und überaus kräftiger Entwicklung ist in diesen Tagen aus Bongrowitz an die Redaktion einer Berliner Zeitung eingelangt worden, und aus Glogau traf sogar ein Roggenhalm von 2 1/2 M. Länge ein.

**Fernisthes.**

\* Hermann Pottner †. In Dresden ist am 29. Mai, Mittags, der berühmte Literatur- und Kunsthistoriker Hermann Pottner nach längerem Leiden gestorben. Seine „Literaturgeschichte des 18. Jahrhunderts“, ein Werk großen Reichthums und feinen Urtheils, hat seinen Namen in den weitesten Kreisen der gebildeten Gesellschaft bekannt gemacht, in übersichtlicher und zugleich anziehender Weise hat er in ihm die englische und die französische Literaturgeschichte des vorigen Jahrhunderts in je einem Bande und die deutsche in drei Bänden behandelt. Vortreflich verstand es Pottner, die einzelnen Schriftsteller und ihre Leistungen in Zusammenhang mit der Zeitgeschichte und ihren geistigen Strömungen zu setzen; in kurzen, treffenden Zügen stellte er das Bild eines jeden hin. Pottner war am 12. März, 1821 zu Bersersdorf bei Goldberg in Schlesien geboren und studirte zu Berlin, Halle und Heidelberg. Anfänglich widmete er sich ausschließlich der Archäologie und der Kunstgeschichte und besuchte zu diesem Zweck Italien und Griechenland; eins seiner ersten Bücher „Griechische Vasensitten“ und sein letztes „Italienische Studien“ gehören diesem Gebiete an. Seit 1855 lebte Pottner in einer angenehmen Stellung, als Direktor der Antikensammlung und Professor an der Akademie, in Dresden und konnte, nachdem Gustow und Auerbach die Stadt verlassen, als das hervorragendste und bedeutendste literarische Talent in Dresden betrachtet werden. Seine „Literaturgeschichte des 18. Jahrhunderts“ wird zu den bleibenden Besitzthümern unserer Literatur auch in ferner Zukunft gezählt werden.

\* Bochum, 28. Mai. [Wieder ein Lustmord.] Das Fingstfest ist hier durch die Entdeckung eines gräßlichen Verbrechens eingeleitet worden; abermals ist ein Lustmord, der achte seit dem 31. Dezember 1878, verübt worden. Der Sachverhalt ist, wie die „Frankf. Ztg.“ meldet, folgender: Die auf dem faum eine Stunde von hier belegenen Rittergut Haffenscheid dienende, 17 Jahre alte Elisabeth Gantenberg wollte am vergangenen Sonntage (den 21. Mai) nach Bochum in die Kirche gehen, zu welchem Zwecke sie sich in den Vormittagsstunden auf den Weg gemacht hatte. Von diesem Kirchzuge ist das arme Mädchen nicht mehr heimgekehrt. Die Dienstherrschaft glaubte zunächst, das Mädchen sei zu Verwandten in Nellinghausen gegangen; da es aber auch am Montag noch nicht heimkehrte, wurde ein Bote dahin geschickt, der jedoch mit der Nachricht heimkehrte, das Mädchen sei nicht in Nellinghausen gewesen. Jetzt schöpfte man Verdacht und machte der Behörde von dem Vorfall Anzeige. Am vergangenen Freitag wurde nun unter Leitung des Staatsanwalts Dr. Schwering die ganze Gegend abgecheckt, aber vergeblich. Am gestrigen Tage wurde das Suchen fortgesetzt und fand man gegen 12 Uhr die völlig entblößte Leiche des Mädchens in einem Roggenfelde. Der Mörder hatte sein Opfer, nachdem er es geschädelt, furchbar zugerichtet. Die Kleider wurden in der Nähe gefunden. Die Stelle, wo die Leiche lag, ist etwa 300 Schritte von der Mordstelle entfernt, wo am 30. November 1880 die Hebamme Beder ermordet wurde. — Ein Gewährsmann der „Post“ nimmt Notiz von dem Gerüchte, daß man dem Attentäter auf der Spur sei. Demnach hat ein in der Gegend seit Jahren bald arbeitender, bald sich herumtreibender Fremder am Neujahrstage auf dem Hofe des Wiesmann, wo die Ermordete in Diensten stand, sich Butter, Wurst und Geld erbeten, und als ihm letzteres verweigert wurde, und zwar seitens des nun ermordeten Mädchens, welches die Männer zu Hilfe rief, gedroht, daß er ihr das geben wolle. Am Morgen der That ist dieser Mensch der dreizehnjährigen Mathilde Hellric, einer Cousine der Wiesmann, welche mit der Magd zur Kirche über Altenbochum nach Bochum ging, bis in die Nähe des ersten Ortes nachgefolgt und von demselben bei der Rückkehr in der Nähe ihres Hofes, mit ausgezogenen Stiefeln am Bache sitzend, angetroffen worden. Man nimmt nun an, daß er, zurückkehrend, auf die halbe Stunde nach Jener ebenfalls zur Kirche gehende Elisabeth Gantenberg getroffen sei, die That verübt und sich dann am Bache von den Spuren derselben gereinigt habe.

**Telegraphische Nachrichten.**

Berlin, 31. Mai. Der Handelsvertrag zwischen Deutschland und Italien vom 31. Dezember 1865 und die Schiffahrtskonvention vom 14. Oktober 1867 werden zufolge Uebereinkommens zwischen beiden Regierungen, durch welches die Wirkung der im Jahre 1875 italienischerseits erfolgten Kündigung nochmals hinausgeschoben worden ist, bis zum 30. Juni 1883 in Kraft bleiben.

Darmstadt, 31. Mai. Der päpstliche Hausprälat Spolverini wurde heute von dem Großherzog in Audienz empfangen.

Wien, 31. Mai. Laut Meldung der „Wiener Zeitung“ ernannte der Kaiser den Seminardirektor Bauer in Prag zum Bischof von Brünn, den General-Großmeister des Kreuzherren-Ordens, Schöebel, zum Bischof von Leitmeritz. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht ferner die Gesetze betreffend die Erhöhung des Petroleumzolles, die Einführung der Postsparkassen und die Abänderung des Seuchengesetzes.



Produkten-Börse.

Berlin, 31. Mai. Bind: MD. Wetter: Schön. Während der ersten Hälfte des heutigen Marktes war das Interesse ausschließlich auf Abwicklung der Mai-Engagements konzentriert...

bes. per Juni-Juli 211-210 Mark bes., per Juli-August 202-201 Mark bezahlt, per September-Oktober 197-197 Mark bezahlt...

September-Oktober 19,80 bezahlt. - Gefündigt 6000 Str. Regulierungspreis 20,70 M. Delsaat per 1000 Kilo - Winterroggen...

Berlin, 31. Mai. Die neueren Nachrichten aus Kairo lassen die dortigen Verhältnisse doch in sehr lebendigem Lichte erscheinen und bei der Eigenartigkeit des Börsengeschäfts kann es nicht ausbleiben...

Grund von der hiesigen Börse ist nichts desto weniger ein recht fester, denn die Kontremine beobachtet auch ihrerseits im allgemeinen große Zurückhaltung...

und haben nur unbedeutende Coursveränderungen aufzuweisen. Am Kassamarkt war der Verkehr sehr gering und Anlagewerthe blieben fast gänzlich vernachlässigt...

Fonds- u. Aktien-Börse.

Table listing various bonds and stocks with columns for name, price, and status. Includes entries like 'Preuss. Cons. Anl.', 'Staats-Anleihe', 'Sächsische alt.', etc.

Table listing foreign bonds and stocks. Includes entries like 'Amerik. gef. 1881', 'Russ. fund. 1870', 'Poln. Pfandbr.', etc.

Table listing various banks and financial institutions. Includes entries like 'Deutsche Bank', 'Königsb. Vereinsb.', 'Preuss. Bank-Anst.', etc.

Table listing various banks and financial institutions, including a section for 'Oberschles. v. 1873' and 'Preuss. Staatsbank'. Includes entries like 'Königsb. Vereinsb.', 'Preuss. Bank-Anst.', etc.